

A-4502 St. Marien, Mühlenstraße 1, Tel.: 0043 (0)7227 – 80 1 88, FAX: 0043 (0)7227 – 80 1 88 – 77
www.meinbuecherdienst.at office@meinbuecherdienst.at

Das UNO-Migrationsabkommen – das Ende unserer Zivilisation 0791

Der „UN Global Compact for Migration“ soll voraussichtlich am 10.-11. Dezember 2018 in Marokko unterzeichnet werden, allerdings soll das unterzeichnete Abkommen auf freiwilliger Basis und angeblich nicht bindend sein. Nicht bindend und auf freiwilliger Basis? **Warum ist dann die USA, Australien aus dem Programm ausgestiegen, warum plant Ungarn einen Rückzug aus der Vereinbarung?** Vielleicht haben diese Staatschefs das Abkommen genau unter die Lupe genommen, während es die anderen nur abnicken?

**Wenn dieser Pakt ratifiziert ist, ist Migration ein Menschenrecht!
 Dann kommt die geballte Migrantenfut, alles davor war nur Kindergeburtstag!**



Foto: picture alliance / Arcieri/ROPI

Ziel ist nach Auskunft von UN-Vertretern, durch zwischenstaatliche Zusammenarbeit und unter Berücksichtigung der nationalen Souveränität **Migration sicher und geordnet zu gestalten.** **Von den 193 UN-Mitgliedstaaten haben 190 sie gebilligt – auch Deutschland und Österreich.**

Die USA sind nicht daran beteiligt. Sie zogen sich aus den Verhandlungen zurück mit der Begründung, **das Abkommen sei mit der Souveränität der Vereinigten Staaten nicht vereinbar.**

Auch ein EU-Papier beweist:

Es ging nie um „Flüchtlinge“, sondern um eine geplante „Neuansiedlung“

Die gesamte "Flüchtlingsbewegung" war lange schon geplant, gezielt vorbereitet und wird konsequent durchgezogen. **Wir wurden von Anfang an von den Politikern und Medien belogen.** Es ging nie nur um Hilfe für Kriegsflüchtlinge, **es geht um knallharte Neuansiedlung in Europa.** Die EU-Strategen wollen so den rückläufigen Bevölkerungszahlen durch Überalterung und sinkende Geburtenraten entgegen wirken.

Jeder kann auf der Original-Website der UNO, also definitiv keine Falschmeldung, über <http://www.un.org/esa/population/publications/migration/migration.htm> nachlesen, daß es sehr wohl das UN-Thesenpapier **„replacement migration“ (Ersatzmigration)** gibt, **welches keineswegs von zeitlich begrenzten Schutzsuchenden spricht.** Ferner kann jeder Lesekundige auf der Original-Website der Europäischen Kommission http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-2434_de.htm nachlesen, was der EU-Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft, Dimitris Avramopoulos sagte und **ebenso keineswegs von vermeintlich zeitlich begrenzter Schutzgewährung, sondern unverhohlen von dauerhaften Neuansiedlungszusagen spricht:**

... "Durch die Schaffung eines dauerhaften Rahmens mit einheitlichen Verfahren können wir schnellere Verfahren gewährleisten, **was uns wiederum ermöglicht, SCHRITTWEISE unsere gemeinsamen NEUANSIEDLUNGSZUSAGEN zu ERHÖHEN.**".....

Ziel kann nicht eine Masseneinwanderung, sondern die rasche Rückführung bereits meist illegal eingereister "Schutzbedürftiger" sein!

Um das zu erschweren bzw. zu verhindern, wird von der UNO **Migration als Menschenrecht** definiert. **Jeder Widerstand gegen die geplante und teilweise schon laufende Masseneinwanderung ist demnach ein Verstoß gegen die Menschenrechte und entsprechend zu ahnden!**

Am 11. Jänner 2018 hat Generalsekretär António Guterres seinen neuen Bericht mit dem Titel „Making Migration Work for All“ vorgestellt. Zentrales Anliegen des Berichts ist es, Migration so zu gestalten, daß sie allen nutzt, und ihre Verknüpfungen mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hervorzuheben. Guterres: **„Migration ist ein positives globales Phänomen. Sie fördert Wirtschaftswachstum, reduziert Ungleichheit, verbindet Gemeinschaften und hilft uns mit der Herausforderung des demographischen Wandels umzugehen.“**

Der Migrationspakt soll eine „geordnete und reguläre Migration“ gewährleisten. **Durch den Migrationspakt sollen die „Wanderungsströme“ für Migranten künftig unter wesentlich besseren Bedingungen organisiert werden, so die offizielle Begründung.**

Internationale Experten kritisieren den Pakt ebenfalls scharf. Denn künftig soll jede Form der Migration, auch die illegale, unter das Menschenrecht fallen. Das wiederum erzeugt eine große Sogwirkung in die großzügigen, europäischen, vor allem deutschen Sozialsysteme. **Die UNO setzt mit diesem Pakt Merkels Flüchtlingspolitik auf globaler Ebene fort.**

Angesichts der Brisanz des Abkommens formiert sich nun auch in Österreich, Deutschland und in der Schweiz Widerstand. Aktivisten und Einwanderungskritiker rufen zum Stopp des Paktes auf.

Die Masseneinwanderung ist KEINE Naturgewalt. Die UNO will zwar „die tieferen Ursachen großer Flüchtlings- und Migrantenströme angehen“, **hat aber als einzige Lösung die weltweite Legalisierung von Migration parat und verlangt von allen Staaten, ihre Grenzen zu öffnen.** Der Plan gehört zu den großen geopolitischen Zielen.

Für Deutschland seien nach UN-Vorstellungen jährlich 3.630.000 und für die gesamte EU jährlich 13.480.000 Migranten erforderlich. Die Politik der offenen Grenzen von UN, EU und Kanzlerin Merkel geschieht nach einem festen Plan, bei dessen Umsetzung die genannten Zahlen in Kürze noch weit übertroffen werden könnten.

Die Weltplanungskommissare wissen, daß die indigene Bevölkerung in den Zielländern gegen die Massen kulturfremder Zuwanderer protestieren werden. **Deshalb sollen Widerständler moralisch diskreditiert und unter der Knute des Rassismus- und Fremdenfeindlichkeits-Vorwurfs sozial isoliert werden.**

in der New Yorker Erklärung vom 19.9.2016: **„Wir erklären erneut, daß Menschen gemäß dem Grundsatz der Nichtzurückweisung an Grenzen nicht zurückgewiesen werden dürfen.“**

15.07.2014: Eine Lösung sah die damalige österreichische Innenministerin Mikl-Leitner in vom UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR durchgeführten "Resettlement-Programmen".

Konkret bedeutet Resettlement laut UNHCR-Definition, "die dauerhafte Neuansiedlung besonders verletzlicher Flüchtlinge in einem zur Aufnahme bereiten Drittstaat, der ihnen vollumfänglichen Flüchtlingsschutz gewährt und ihnen eine Integrationsperspektive eröffnet". In Österreich müßten die Flüchtlinge keinen Asylantrag mehr stellen, den heimischen Behörden stünde es laut Innenministerium jedoch zu, sie vor ihrer Aufnahme einem Sicherheitscheck zu unterziehen.

<https://www.wienerzeitung.at> 15.07.2014

„Zweitens daß wir hier ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen, das wird, glaube ich, auch klappen, dabei kommt es aber natürlich auch zu vielen Verwerfungen.“ (Yascha Mounk, Politikwissenschaftler an der Harvard-Universität (Cambridge), in den „tagesthemen“ v. 20.02.18)

Die Auswirkungen wären für uns verheerend. Daher dürfen unsere Politiker (Volksvertreter) diesen Pakt zur Massenmigration als Menschenrecht nicht ratifizieren!